

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 67. - öffentliche - Sitzung**  
**des Kultusausschusses**  
**am 4. März 2026**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

<b>Unterrichtung durch die Landesregierung zur Entscheidung über die Beendigung des Projektes BFS dual</b>	
<i>Unterrichtung</i> .....	3
<i>Aussprache</i> .....	6

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Pascal Mennen (GRÜNE), Vorsitzender
2. Abg. Dr. Dörte Liebetruh (i. V. des Abg. Thore Güldner) (SPD)
3. Abg. Andrea Kötter (SPD)
4. Abg. Corinna Lange (SPD)
5. Abg. Kirsikka Lansmann (SPD)
6. Abg. Karola Margraf (SPD)
7. Abg. Phillip Meyn (SPD)
8. Abg. Anna Bauseneick (CDU)
9. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
10. Abg. Christian Fühner (CDU)
11. Abg. Sophie Ramdor (CDU)
12. Abg. Lukas Reinken (CDU)
13. Abg. Lena Nzume (GRÜNE)
14. Abg. Harm Rykena (AfD)

Von der Landesregierung:

Ministerin Hamburg (MK).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Parlamentsredakteur Dr. Zachäus, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 13:01 Uhr bis 13:36 Uhr.

Tagesordnung:

### **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Entscheidung über die Beendigung des Projektes BFS dual**

*Gegen den Antrag der Fraktion der CDU vom 4. März 2026 auf eine entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung erhebt sich kein Widerspruch.*

#### **Unterrichtung**

Ministerin **Hamburg** (MK): Ich komme gerne Ihrem Wunsch nach, Sie hier und heute über die Beendigung des Projekts BFS dual zu unterrichten. Auch wir nehmen wahr, dass das Thema die berufsbildenden Schulen sehr beschäftigt. Die Gründe, aufgrund derer wir unsere Entscheidung getroffen haben, habe ich in der Plenarsitzung heute Morgen genannt.

Zur Erinnerung: Das Innovationsvorhaben BFS dual ist seinerzeit aus einem anderen vorherigen Versuch hervorgegangen, der auf bestimmte Bildungsbereiche begrenzt war. Dieser Versuch war so erfolgreich, dass wir ihn auf alle Bildungsbereiche ausweiten wollten. Es gab Schulen, für die dieses Vorhaben sehr gut gepasst hat und die dies sehr begrüßt haben, und es gab Schulen, bei denen es nicht so gut funktioniert hat - mit ihnen haben wir uns intensiv ausgetauscht. Bei den Kammern war es ähnlich: Manche von ihnen sind sofort mitgegangen, andere wollten die BFS dual nicht als erstes Lehrjahr anerkennen.

Ich glaube, wir sind uns einig, dass es schlecht wäre, wenn die Schülerinnen und Schüler nicht mehr direkt in die Ausbildung gleiten könnten. Denn genau das soll eine Berufsfachschule leisten: die duale Berufsausbildung stärken. Insofern haben wir viele Gespräche geführt - bei denen Sie auch zugegen waren -, unter anderem mit den Fachreferentinnen und Fachreferenten. Wir haben auch Schulbesuche und vieles andere durchgeführt. Das war mir wichtig. Bei allem wurde immer wieder deutlich, dass die Schulen Bedenken haben. Aber diese Bedenken wogen nicht so schwer, dass sie dem Projekt ernsthaft entgegenstanden. Somit ging es alles so weiter. Ich selbst habe sehr viele Gespräche mit den Kammern geführt, die sich das Ganze ausführlich haben erklären lassen und letztlich gesagt haben, sie finden es gut.

Allerdings gab es immer noch Sachverhalte, die nicht funktioniert haben. Deswegen haben wir bereits im vergangenen September angekündigt - und auch damals haben wir uns schon dazu ausgetauscht - die BFS dual noch nicht in das Schulgesetz aufzunehmen. Wir wollten zunächst klären, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen und wie wir eine Vergleichbarkeit herstellen können. Natürlich wollten wir auch zunächst die Rückmeldungen aus den Schulen auswerten. Denn mittlerweile interessieren sich viele Schulen für den Eingang in die BFS dual; das Innovationsvorhaben wird immer breiter angenommen.

Vorhin im Plenum hatte ich bereits ausgeführt, das für uns, als wir im September angekündigt haben, uns das Ganze noch einmal anzuschauen, vor allem die Fragen nach der Personalbemessung und nach dem Ressourceneinsatz an den Schulen ausschlaggebend waren. Schließlich werden bei der BFS dual in der jetzigen Form bestimmte Ressourcen zu einer bestimmten Zeit gebraucht, zu einer anderen Zeit aber wieder nicht. Außerdem haben viele Schulen keine

Praktikumsplätze für ihre Schülerinnen und Schüler bekommen, sodass sie innerschulische Lösungen finden mussten. Auch das hat natürlich auf eine bestimmte Zeit Ressourcen gebunden.

Wir hatten auch gesagt, dass wir uns das Petitum der Schulen anschauen, die FOS 11 nicht abzuschaffen und in den F-Strang zu überführen. Die Schulen haben in diesem Zuge unterstrichen, dass sie damit leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ansprechen. Manche Kammern haben zudem dafür geworben, die Coaching- und Einführungsphase zeitlich flexibler zu handhaben, weil sie die BFS dual, wenn diese Phase zu lange dauert, nicht als erstes Lehrjahr anerkennen könnten.

In der Praxis zeigten sich also immer wieder Aspekte, die nicht für jeden Bildungsgang gleichermaßen funktionieren. Deshalb wollten wir das Konzept nicht auf alle Bildungsbereiche überführen und quasi im laufenden Verfahren schauen, ob es funktioniert, sondern wir wollten es sozusagen erst einmal konsolidieren und auf eine solide Grundlage stellen, bevor wir es in das Schulgesetz aufnehmen. Im Zuge dessen haben wir mit der KMK erörtert, ob die von uns vorgesehenen Änderungen in Summe als KMK-konform angesehen werden.

Die KMK hat uns Mitte Januar zurückgemeldet, dass sie an einigen Stellen Änderungen für erforderlich hält. Sie hat zum Beispiel gesagt, dass die Schülerinnen und Schüler, die mit einem Hauptschulabschluss kommen und den Realschulabschluss erwerben wollen, zwei Jahre brauchen, weil sie die berufliche und die fachliche Qualifizierung parallel durchlaufen. Sie hat ebenfalls gesagt, dass auch die Schülerinnen und Schüler, die mit einem Realschulabschluss in die Erweiterung gehen wollen, das zweite Jahr brauchen. Aus diesem Grund haben wir an diesen beiden Stellen etwas geändert.

Nun hätten wir diese Änderungen sicherlich deutlich „atmender“ vornehmen können. Aber wie gesagt hat uns die KMK zurückmeldet: Wenn wir die KMK-Konformität gewährleisten wollen, dann müssen wir an bestimmten Stellen nachsteuern. Sie werden verstehen, dass wir das dann nicht auf die lange Bank schieben können, sondern schnell reagieren müssen, nämlich mit dem nächsten Schuljahr. Und dies haben wir dann auch getan.

Lassen Sie mich bei allem Ärger über Verfahren und Mehrarbeit in den Schulen meiner Abteilung im Kultusministerium danken. Sie hat wirklich unter Hochdruck gearbeitet und sehr viele Änderungen vorgenommen, war dabei aber immer bemüht, die Schulen möglichst wenig davon merken zu lassen und ihnen Handlungsautonomie und Klarheit zu geben. Das ist wirklich viel Arbeit gewesen.

Aus den Schulen wissen Sie vielleicht bereits, welche Änderungen wir vorsehen. Nach meinem Eindruck sind die Schulen mit diesen Änderungen auch in weiten Teilen zufrieden. Das Problem ist eher, dass sie mit diesen Änderungen jetzt so plötzlich konfrontiert werden. Sie hätten das gerne schon vorher gewusst, bevor sich die Schülerinnen und Schüler an den Schulen anmelden. Das verstehe ich auch.

Sie kennen die AG BBS Permanent, in der sowohl die Bildungsverbände als auch die Schulleitungen Mitglied sind. Wir nutzen diese AG, um vorgesehene Veränderungen und auch Fragen der Personalsteuerung eng mit der Praxis abzustimmen. In dieser Angelegenheit haben wir direkt im Januar mit ihr gesprochen und uns ein Feedback eingeholt. Dieses lautete, möglichst schnell die Schulen zu informieren. Wir haben daraufhin den Brief an die Schulen vorbereitet, um ihnen

möglichst schnell alle Informationen zur Verfügung zu stellen. Zuvor haben wir die Regionalen Landesämter informiert, damit sie, wenn dieser Brief verschickt wurde, im Bilde sind und für Rückfragen zur Verfügung stehen. Am 16. Februar 2026 haben wir die Schulen dann informiert.

Unmittelbar danach ist das Ganze öffentlich geworden, und Sie alle kamen mit ins Spiel. Herr Fühner hat vorhin im Plenum gesagt, wir hätten die Schulen danach alleingelassen. Das möchte ich deutlich zurückweisen.

Am 19. Februar 2026 haben wir noch einmal die AG BBS Permanent und auch das Begleitgremium für BFS dual eingeladen. Dort haben wir umfassend dazu ausgeführt, was wir jetzt planen und wie sich das Ganze gestaltet.

Am 20. Februar, also vier Tage nach Versendung des Briefs, haben wir eine Dienstbesprechung mit allen Beteiligten - den Regionalen Landesämtern, den Studienseminaren und allen Schulen - gehabt, damit alle das Gleiche hören. In Zuge dessen haben wir mitgeteilt, dass wir regionale Dienstbesprechungen planen - diese werden morgen stattfinden -, um noch einmal viel konkreter vor Ort miteinander sprechen zu können.

Eine Woche nach dieser Videokonferenz mit allen Schulen haben wir die Durchführungsbestimmungen versendet, sodass die Schulen allesamt Klarheit hatten, wie es künftig ausgestaltet werden soll.

Natürlich wäre es deutlich schöner gewesen, wenn wir bereits im Sommer letzten Jahres gesagt hätten, wie es sich entwickelt und auf was sich die Schulen einstellen sollen. Ich hätte den Schulen diese zusätzliche Arbeit auch gerne erspart. Aber wir haben jetzt wirklich schnell agiert und stellen den Prozess auch sehr breit auf, um alle Schulen zu begleiten, sie mitzunehmen und sie für diesen Weg zu gewinnen.

Es steht völlig außer Frage, dass es Schulen gibt, die diese Entscheidung schmerzt, weil sie sehr eng in die BFS dual eingestiegen sind und sehr viel hierfür gearbeitet haben. Es gibt auch Schulen, die diese Entscheidung freut, weil sie die BFS dual nie wollten. Und es gibt Schulen, die zwischen diesen beiden Positionen stehen.

Wir alle haben mitbekommen, dass BFS dual im Land polarisiert hat. Ich glaube aber, dass die allermeisten Schulen sagen, dass das Ganze jetzt sehr pragmatisch abläuft, gerade hinsichtlich der Umsetzung. Dass die Schulen selbst entscheiden können, wie sie bestimmte Stunden und Ressourcen steuern, wird ebenso begrüßt wie, dass wir das Coaching auf solide Füße stellen. Gerade das Coaching hat sich bei diesem ganzen Innovationsvorhaben, wie auch immer man es ansonsten bewertet, bewährt. Ich bin froh, dass wir eine Lösung gefunden haben, um es dauerhaft zu erhalten.

Abschließend: Was die Schulen im Rahmen des ganzen Innovationsvorhaben geleistet haben und was sie jetzt leisten, ist wirklich hoch anzuerkennen. Das wurde von allen im Plenum zu Recht wertgeschätzt.

## Aussprache

Abg. **Christian Fühner** (CDU): Herzlichen Dank, dass diese Unterrichtung von allen Beteiligten so kurzfristig eingerichtet werden konnte. Sie, Frau Ministerin, haben das zwar gerade zurückgewiesen, aber ich würde trotzdem gerne weitergeben wollen, was wir von den Schulen erzählt bekommen. Der Brief wurde zwar vor gut zwei Wochen am 16. Februar versendet, aber uns erreichen nach wie vor sehr viele Fragen. Insofern ist es gut, wenn die Dienstbesprechungen jetzt stattfinden und die Fragen ausgeräumt werden.

Wir würden heute nicht alle Fragen stellen wollen, sondern im Anschluss die Detailfragen schriftlich einreichen. Uns war es aber wichtig, hier und heute bereits die eine oder andere Frage aufzuarbeiten und nach dem weiteren Vorgehen zu fragen.

Zur ersten Frage. Es ist nachvollziehbar, dass man, wenn man die genannten Informationen im Januar erhält, innerhalb kürzester Zeit Entscheidungen treffen muss. Das ganze Vorhaben läuft ja aber bereits seit dem Schuljahr 2022/2023. Uns interessiert, warum man erst im Januar 2026 festgestellt hat, dass es nicht mehr KMK-konform ist, und warum man es nicht während der gesamten Laufzeit, spätestens aber ab 2025, als diese ganzen Fragestellungen aufgerufen worden sind, immer mal wieder überprüft und abgestimmt bzw. bei Veränderungen rückgekoppelt hat, ob diese überhaupt funktionieren, ob man sich auf dem richtigen Weg befindet oder ob man doch anpassen muss. Uns ist es ein Rätsel, warum man erst so kurzfristig erfährt, dass dieses Vorhaben nicht mehr KMK-konform ist, und wir möchten wissen, wie Sie vor diesem Hintergrund in den letzten zwei, drei Jahren mit der KMK in Kontakt standen.

Die zweite Frage betrifft die Kosten. Wie viel Geld war bzw. ist für die Umsetzung von BFS dual eingeplant, auch für Coaching und andere Ressourcen, und wie viel davon braucht man jetzt noch nach der Änderung? Wenn es Einsparungen geben wird, wie geht man mit diesem Geld um? Wird es den berufsbildenden Schulen trotzdem zur Verfügung gestellt? Hat das Thema Kosten bei der Entscheidung, BFS dual in dieser Art und Weise sozusagen neu zu systematisieren - Sie selbst sagten ja, es werde nicht vollständig eingestellt, sondern erhält eine andere Systematik -, eine Rolle gespielt?

Die dritte Frage betrifft das Thema Übergangsregelungen. Warum hat man sich gegen diese zumindest für das kommende Schuljahr entschieden? Sie haben richtigerweise gesagt, dass es Schulen gibt, die die Entscheidung inhaltlich gut finden, aber den Zeitpunkt schlecht. Es gibt aber nach wie vor auch berufsbildende Schulen, die von dem, was sie mit sehr viel Herzblut aufgesetzt haben, sehr überzeugt sind, und sich doch wünschen würden, zumindest im kommenden Schuljahr zu starten, weil die Anmeldezahlen das auch hergeben. Warum kann man den Schulen nicht diesen Freiraum gewähren, das umzusetzen, was sie ja auch schon in den letzten Jahren gemacht haben, damit man die Anmeldung jetzt nicht komplett wieder „einstampfen“ muss?

Die vierte und zunächst letzte Frage - vielleicht werden wir ja noch eine zweite Fragerunde haben können - ist, ob das Ganze Konsequenzen haben wird. Sie selbst haben gesagt, dass Sie es bedauern, und wenn man etwas bedauert, dann weiß man auch, dass irgendwo Fehler gemacht worden sind. Wie wird das intern aufgearbeitet? Muss man die Prozesse im Ministerium hinterfragen? Kann so etwas wieder passieren?

Ministerin **Hamburg** (MK): Ich beginne mit der letzten Frage. Natürlich bereiten wir das gerade auf und fragen, wie das eigentlich passieren konnte, weil uns das Ganze nicht zufriedenstellt. Wenn man die Einschätzung erhält, ein Vorhaben sei KMK-konform, dann muss man sich eigentlich darauf verlassen können; man kann ja nicht alles noch mal selbst hinterfragen. Insofern schauen wir in der Abteilung im Rahmen unserer sehr intensiven Aufarbeitung auch, wie wir verhindern können, dass so etwas wieder passiert. Es gehört zu unserer alltäglichen Arbeit, nachzusteuern und Strukturen zu verändern, auch wenn das selten solche Auswirkungen hat.

Gleichzeitig wissen Sie selbst, dass die berufsbildenden Schulen sehr agile Systeme sind. Niedersachsen sticht im Ländervergleich hier gar nicht hervor, sondern jedes Bundesland probiert solche Modelle aus. Allgemein sind die Länder diesbezüglich sehr innovativ, probieren aus und fragen sich, wie man Vereinbarungen lesen, Synergien nutzen und Themen zusammendenken kann. Insofern innovieren auch wir immer mal wieder Themen und werben bei den anderen Ländern für diese. Anders herum werben auch andere Länder bei uns für bestimmte Dinge, die sie ausprobieren wollen. Daher haben im Zusammenhang mit der Implementierung 2022 auch unsere Bearbeiterinnen und Bearbeiter das ja durchaus in den Länderrunden vorgestellt usw. Und ich gehe davon aus, dass bei uns die Einschätzung vorlag, dass dieses Vorhaben von den anderen Ländern mitgetragen wird und es sich um ein gutes Modell handelt.

Auch wir haben genau wie Sie von den Schulen die Frage gestellt bekommen, ob sie sich auf die Vorgaben verlassen können, wenn sie diesen Weg gehen. Aus diesem Grund haben wir bei der KMK noch einmal Fakten geschaffen. Und in dem Zuge kam heraus, dass es der KMK an den genannten Stellen zu weit ging. Daher müssen wir jetzt nachsteuern, weil wir es ansonsten nicht KMK-konform darstellen können.

Das beantwortet auch Ihre Frage zu den Übergangsregelungen. Die KMK toleriert solche Innovationen durchaus. Aber wenn wir jetzt von der KMK schwarz auf weiß mitgeteilt bekommen, dass ihr bestimmte Aspekte zu weit gehen und nicht von ihr mitgetragen werden, dann tolerieren sie es nicht, dass man so etwas ignoriert, und das Vorhaben unverändert zum Beispiel im Rahmen von Übergangsregelungen noch ein Jahr fortführt. Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass wir das durchaus geprüft und ernsthaft abgewogen haben, denn alle haben diese Frage gestellt, viele Schulleitungen, Frau Lansmann, Frau Nzume und auch ich. Es ist aber nicht machbar, weil wir dann wissentlich gegen eine an uns gestellte Vorgabe verstoßen würden.

Wir haben uns mit diesem Versuch ja die Frage gestellt, ob Synergien zwischen verschiedenen jungen Menschen, die wir alle in eine ähnliche Richtung entwickeln wollen, geschaffen werden können, aber auch, ob man verschiedene Schulformen zusammendenken kann. Doch hier haben wir zu groß gedacht; die KMK geht den Weg in Summe nicht mit. Das betrifft aber, wie bereits gesagt, nur Teilbereiche und nicht alle Schüler. Daher möchte ich ebenfalls betonen, dass man jetzt nicht alle Anmeldungen „einstampfen“ muss, wie Sie es gesagt haben, sondern ich glaube, wir alle haben ein Interesse daran, dass die Schulen ihre Anmeldungen halten können. Wir sollten jetzt keine Unsicherheit verbreiten, sondern ich möchte sehr dafür werben, dass wir gemeinsam mit den Schulen den jungen Menschen deutlich machen, dass sie sich anmelden können und ein gutes Angebot erhalten, denn das Coaching bleibt erhalten, die Orientierungsphase bleibt erhalten und auch die Möglichkeit der praktischen Anbindung bleibt erhalten. Bei denen, die direkt in die FOS 11 einmünden, wird sich der Name und der Weg ändern, aber im Grundsatz können auch die ihren Abschluss erzielen. Und die jungen Menschen aus den Hauptschulen gehen dann noch die die BFS Klasse 2, wenn sie das haben wollen. Insofern ändert sich letztlich gar

nicht für alle Schülerinnen und Schüler etwas, sondern es sind nur Einzelne negativ betroffen - auch wenn das schon schlimm genug ist; das will ich deutlich sagen. Für diejenigen haben wir aber auch eine Lösung und einen Weg. Viele besuchen die BFS jedoch mit dem Ziel, danach eine Ausbildung zu beginnen. Das ist ja eigentlich auch der Kern einer Berufsfachschule.

Zur Frage der Kosten. Das Konzept war so angelegt, dass die Schulen das zur Zeit des Innovationsvorhabens aus ihrem eigenen Budget darstellen sollten. Des Weiteren sind wir davon ausgegangen, dass wir die FOS 11 abschaffen und damit für diesen Bildungsgang Ressourcen generieren. Wir hatten das Innovationsvorhaben zunächst an Schulen ausprobiert, an denen die Rahmenbedingungen günstig sind. Jetzt sind zunehmend welche dazugekommen, wo sie nicht mehr so günstig sind. Und in dem Zuge haben wir gemerkt, dass dies erhebliche Kostensteigerungen mit sich bringt, die zum Beginn des Innovationsvorhabens nicht angedacht waren, und die wegfallenden Strukturen der FOS 11 auch nicht die erhofften Gelder bringen. Darüber hinaus haben wir im Bereich der BBS auch nur sehr begrenzte personelle Ressourcen; die erhöhen sich auch nicht, nur weil man Geld in das System gibt. Wir haben ja erhebliche Reste. Das wirkt sich sehr nachteilig für weitere Bildungsgänge bzw. weitere Schulformen aus.

Aus diesem Grund brauchten wir ein System, das in der BFS dual funktioniert. Hierbei hat das zuständige Referat sehr gut dargestellt, wie wir die Ressourcen im Stundendeputat absichern und den Schulen eine Flexibilität in der Frage geben, wie sie bestimmte Stunden bewirtschaften. Damit können sie beispielsweise dieses Coaching schaffen, müssen dafür aber nicht von woanders Ressourcen abziehen. Dieses Vorgehen haben die zuvor beteiligten Schulen durchaus begrüßt. Wir stellen den Schulen somit „Flexistunden“ - fachlich haben sie eine andere Bezeichnung - zur Verfügung, damit sie selbst entscheiden können, wie sie diese für Coaching, für Vertiefungen, für Praktikumsbegleitungen usw. verwenden.

Abg. **Harm Rykena** (AfD): Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihre Ausführungen, aufgrund derer sich bei mir ein paar Nach- bzw. Verständnisfragen ergeben haben.

Erstens. Können Sie mir bitte den konkreten Grund für die abrupten Änderungen nennen? War es einzig das Schreiben der KMK? Denn Kritik allein kann es ja nicht sein, man hätte doch nacharbeiten können.

Zweitens. Ich kann nachvollziehen, wenn Sie sagen, dass Sie das nicht noch ein Jahr weiterführen können, wenn Sie wissen, wie die KMK dazu steht. Nach meinem Verständnis war die BFS dual aber nach wie vor im Status eines Modellversuchs, und da stellt sich mir die Frage, warum es dann nicht geht. Ich könnte das Argument nachvollziehen, wenn die BFS dual sozusagen schon final umgesetzt in das Schulgesetz aufgenommen gewesen wäre. Aber hätte man das Modell nicht trotzdem noch ein Jahr weiterführen können und dann zu einem richtigen Zeitpunkt mitsamt den Anpassungen überführen können?

Drittens eine Frage zu Umgang mit der KMK allgemein. Ich bin auf dieser Ebene nicht besonders bewandert. Aber muss man in Zukunft immer überlegen, wann man Anfragen an die KMK stellt, damit man die Antwort noch rechtzeitig für eine entsprechende Reaktion erhält?

Ministerin **Hamburg** (MK): In der Tat hätten wir mehrere Themen nachgesteuert. Dies wäre für die Schulen auch, glaube ich, gar nicht problematisch gewesen, da es Dinge gewesen wären, die ohnehin „atmend“ sind und die die Schulen zum Teil ohnehin schon praktizieren. Wir hätten

ihnen einfach Handlungssicherheit und die Möglichkeit gegeben, die Ressourcen aus ihrer Sicht auch sinnvoller einzusetzen. So etwas begrüßen die Schulen bekanntlich, und damit wird auch nicht alles über den Haufen geworfen. Für diese Dinge hätten wir auch deutlich mehr Zeit gehabt, und es wäre gar nicht erheblich gewesen, ob die Schulen das dieses oder nächstes Jahr umgesetzt hätten.

Der Grund, weshalb gerade diese Intervention bei den Schulen zurzeit für Ärger sorgt, ist nicht zwingend, dass sie diese Änderungen nicht richtig finden, sondern, dass bestimmte Schülerinnen und Schüler - das ist mir noch einmal wichtig zu betonen; es betrifft nicht alle -, die den Hauptschulabschluss machen wollen, nun nach einem Jahr noch eine andere Klasse besuchen müssen und somit zwei anstatt wie bisher ein Jahr brauchen, die Schulen gleichzeitig aber schon Anmeldungen von neuen Schülern haben. Es ist absolut verständlich, dass das alles ärgerlich ist und viele Gespräche nach sich zieht, die auch Ärger verursachen können. Gleichzeitig bereiten wir gerade einen Brief an Eltern und Schüler vor, der das noch einmal erklärt und sehr zeitnah verschickt werden wird. Mir ist auch wichtig zu betonen: Die Wege sind für die Schülerinnen und Schüler trotzdem möglich. Sie vertun sich auch nichts oder sind schlechter als in anderen Bundesländern gestellt; denn in anderen Bundesländern hätten sie die gleiche Zeit benötigt. Sicherlich wollten sie etwas anderes machen, und es wird gegebenenfalls auch eine gewisse Anzahl von Schülern geben, für die das jetzt nichts mehr ist oder die sich zumindest ärgern, weil sie dachten, es wird einfacher oder geht schneller. Ich kann verstehen, dass das misslich ist.

Zu Ihrer zweiten Frage, warum wir das Vorhaben nicht trotzdem weiterlaufen lassen können. Mittlerweile ist knapp die Hälfte der Schulen an diesem Innovationsvorhaben beteiligt. Damit ist eine relevante, nicht mehr zu vernachlässigende Schwelle erreicht, bei der es schlichtweg nicht in Ordnung wäre, wenn wir jetzt die von der KMK genannten Grundvoraussetzungen ignorieren würden. Dies würde sicherlich auch heftige Debatten innerhalb der KMK auslösen, die wir, glaube ich, alle nicht haben wollen. Wir wollen, dass sich die Schülerinnen und Schüler darauf verlassen können, dass sie gut durch ihre Bildungsgänge gehen können. Das ist unser Hauptanspruch, den wir auch mit der BFS dual verfolgen.

Wir haben uns diese Entscheidung auch wirklich nicht leicht gemacht, sondern haben sie auch intensiv mit den verschiedenen Gremien, die wir zur Beratung beteiligen, abgewogen und uns miteinander entschieden, das an der Stelle jetzt einfach auch durchzuziehen und die Schulen dabei möglichst schnell darüber in Kenntnis zu setzen. Hätte ich mehr Zeit gehabt, hätte ich diese auch genutzt.

Zu Ihrer dritten Frage hinsichtlich der Kommunikation mit der KMK. Ich hatte schon erwähnt, dass wir uns gerade anschauen, wo Fehler passiert sind und wie man strukturell absichern kann, dass sie nicht wieder passieren. In der Tat ist sicherlich eine Lehre, die wir daraus ziehen, dass die Frage, wie intensiv und regelmäßig man die KMK informiert, wie sehr und wie früh man sich rückversichert und wie sehr man Schritt für Schritt diese Wege zusammengeht, gerade, wenn man innoviert und so ein Innovationsvorhaben verantwortet, künftig eine viel größere Relevanz haben muss.

Abg. **Christian Fühner** (CDU): Ich habe noch eine Nachfrage zum Thema KMK. So, wie ich es jetzt verstanden habe, war der Hauptgrund die Zeit, sprich die Frage, ob man den Abschluss in einem oder zwei Jahren machen kann. Die KMK sagt, es ginge nur in zwei Jahren. In anderen Schulformen bzw. im Rahmen anderer Abschlüsse im allgemeinbildenden Bereich gibt es Möglichkeiten,

Klassen zu überspringen und somit zum Beispiel das Abitur nicht nach 13 Jahren, sondern schon früher zu machen, wenn man dazu in der Lage ist, Dinge auch schneller zu organisieren. Daher gibt es jetzt einen Vorschlag von Schulen, die Schülergruppen, die in einem Jahr ihren Realschulabschluss machen wollten, gleich in das zweite Jahr der BFS wechseln zu lassen, weil man sagt, die bringen die Voraussetzungen mit, den Standard des zweiten Jahres BFS zu schaffen. Mit diesem Weg könnten sie trotzdem in einem Jahr ihren Abschluss machen. Vielleicht wäre dieser Vorschlag ja eine Prüfung wert.

Meine zweite Frage. Das Ganze, was den Schulen nun übermittelt worden ist, wird auch irgendwann einmal schulgesetzlich verankert werden müssen. Gibt es hierfür schon einen Zeitplan? Wird das gegebenenfalls schon jetzt im Rahmen eines Änderungsvorschlags zur aktuell zu beratenden Novelle des Schulgesetzes aufgenommen werden oder zu einem späteren Zeitpunkt?

Ein dritter Punkt, der auch von den Schulen an uns herangetragen worden ist, betrifft das Thema - in Anführungszeichen - Schadensersatz. Einige Schulen haben im Rahmen dieses Vorhabens für Werbematerialien, Imagefilme, Flyer etc. sehr viel Geld ausgegeben. Wird es Möglichkeiten geben, sich das erstatten zu lassen, weil man dies alles nicht mehr einsetzen wird können?

Ministerin **Hamburg** (MK): Die Überlegung, bestimmte Schülerinnen und Schüler eine Klasse überspringen zu lassen, funktioniert nicht, weil es sich zum Teil um unterschiedliche Schulformen handelt, sodass eine Leistung, die in der einen Schulform erbracht wurde, nicht in der anderen Schulform anerkannt werden kann. In anderen Bereichen ist es durchaus so, dass sich zum Beispiel eine einschlägige Berufserfahrung reduzierend auswirkt. Aber das trifft auf diese Schülergruppe, die solche Voraussetzungen nicht mit sich bringt, nicht zu.

Wir führen, wie erwähnt, gerade Dienstbesprechungen und Gespräche mit den Schulen durch, um sie in diesem Prozess zu begleiten. Sie können vergewissert sein, dass wir die Ideen, die im Zuge dessen an uns herangetragen werden, sicherlich prüfen werden, wenn wir sie nicht schon geprüft haben. Wir haben wirklich schon geschaut, was alles gehen könnte. Sollte es noch weitere Ideen geben, die wir womöglich nicht hatten - das mag ja niemand ausschließen -, dann sind wir sehr offen dafür, uns diese auch anzuschauen. Aber leider ist es nicht so einfach. Insofern müssen wir diesen Weg jetzt gehen. Das ist ärgerlich, das ruckelt, das ist auch nicht schön, aber ich kann es jetzt auch nicht mehr ändern.

Zu Ihrer zweiten Frage. Wir haben bereits lose mit den Verbänden über die Frage gesprochen, wie schnell wir das jetzt in das Schulgesetz aufnehmen oder nicht. Meine Haltung dazu wäre zum jetzigen Zeitpunkt, dass wir es uns durchaus ein Jahr anschauen und dann entscheiden, ob es trägt oder ob es noch Kleinigkeiten gibt, die wir mitdenken müssen oder die schöner gewesen wären. Ich glaube, ein Praxisdurchlauf wäre schöner. Aber auch das alles erörtern wird gerade. Ich habe ja auch die Zeitschiene vorgestellt. Sie müssen uns schon auch zugestehen, dass wir uns in solchen Fragen mit den Praktikern beraten.

Ich nehme Ihre Frage so wahr, dass auch Sie finden, dass die Frage dazu, wie es weitergeht, irgendwann mal beantwortet werden muss. Das teile ich. Insofern haben wir mit den Verbänden besprochen, dass wir auch sehr stringent Klarheit schaffen und die weitere Implementierung durchführen wollen, um das Thema dann irgendwann auch hinter uns lassen zu können. Denn

ehrlich gesagt haben wir im Bereich der BFS genügend andere Themen, mit denen wir uns ebenfalls intensiv beschäftigen könnten. Es täte uns, glaube ich, gut, wenn wir das dann auch täten.

Ihre dritte Frage zum Thema Schadensersatz, finde ich, ist ein interessanter Hinweis, den wir gerne mitnehmen und uns anschauen. Sie wissen aber auch, dass wir nicht irgendwo Geld herumliegen haben, das wir auskehren können.

Abg. **Christian Fühner** (CDU): Ich habe noch eine letzte Frage. Die Detailfragen würden wir dann schriftlich nachreichen, wenn die sich in nächster Zeit von den Schulen noch ergeben.

Mich interessiert noch mal das Thema Coaching. In Ihrem Brief steht geschrieben, es werde ein optionales Lernangebot zur Verfügung gestellt, das unter anderem verbindlich Beratung und Coaching beinhalte. Meine Frage bezieht sich auf die Worte „unter anderem“. Was wird es da noch geben? Und weiter: Gilt das nur für die BFS oder auch für die Fachoberschule 11.

Ministerin **Hamburg** (MK): Im Bereich der BFS gibt es bestimmte Vorgaben aufgrund der Rahmenvereinbarungen, die wir mit der KMK getroffen haben. Es gibt nun sechs Stunden - ich habe sie vorhin „Flexistunden“ genannt -, die nicht mit stringenten Vorgaben belegt sind. Wir lösen die Frage der Ressourcen auch dadurch, dass die Schulen diese sechs Stunden frei belegen dürfen. Das ist auch im Sinne der Schulen. Denn dadurch können sie diese Stunden für Beratung und Coaching verwenden, sie können sie aber auch für zusätzliche Unterrichtseinheiten oder andere Angebote verwenden. Das finde ich charmant, da die Schulen dadurch noch mehr Flexibilität erhalten. Wenn es zum Beispiel eine Gruppe gibt, die genau weiß, was sie will, aber vielleicht ein anderes Unterstützungsangebot braucht, dann müssen die Schulen künftig nicht die gesamten sechs Stunden für Coaching verwenden, sondern sie können einen Teil gegebenenfalls auch für andere Themen nutzen. Das ist eine echte Stärke, da wir sehen, wie heterogen die Voraussetzungen der Schüler sind, die in den einzelnen BFSen anfangen. Gleichzeitig können sich die Schulen auf diese Ressourcen auch wirklich verlassen, weil wir sie ohnehin genau für dieses Lernangebot zuweisen. Die Schulen sind somit auch nicht davon abhängig, ob sie diese Ressourcen woanders erwirtschaften können. So läuft es bekanntlich zurzeit im Rahmen des Vorhabens: Sie müssen diese Ressourcen dafür von woanders aktiv abziehen.

Bislang war der Plan ja eigentlich, die FOS auslaufen zu lassen. Wir haben jetzt im Rahmen der BFS dual aber durchaus Erfahrungen gesammelt, die wir, wenn wir die FOS 11 erhalten, durchaus betrachten und bei denen wir fragen sollten, ob wir sie dorthin überführen können oder welche Elemente wir dort mitdenken könnten. Schließlich ist das jetzt ein Guss; wenn die FOS 11 den F-Strang ersetzt, müssen wir auf die Kohärenz achten. Das ist jetzt unmittelbar der nächste Schritt, den wir uns vorgenommen haben.

\*\*\*